

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Simone Tolle, Claudia Stamm, Eike Halitzky, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Thomas Gehring, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012
hier: Mehr Lehrerinnen und Lehrer
(Kap. 05 12 – 05 19 außer 05 16 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Nachtragshaushalt 2012 werden folgende Änderungen vorgenommen:

- In Kap. 05 12 werden in Tit. 422 01 „Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter“ die Mittel für 2011 um 5 Mio. Euro erhöht.
Die Mittel dienen der Stärkung der Grund-, Haupt- und Mittelschulen.
- In Kap. 05 13 werden in Tit. 422 01 „Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter“ die Mittel für 2011 um 5 Mio. Euro erhöht.
Die Mittel dienen der Stärkung der öffentlichen Förderschulen und Schule für Kranke.
- In Kap. 05 14 werden in Tit. 422 01 „Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter“ die Mittel für 2011 um 5 Mio. Euro erhöht.
Die Mittel dienen der Stärkung der Landesschulen für Gehörlose und Körperbehinderte.
- In Kap. 05 15 werden in Tit. 422 01 „Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter“ die Mittel für 2011 um 5 Mio. Euro erhöht.
Die Mittel dienen zur Stärkung der staatlichen Berufsschulen einschl. angegliederter Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen.
- In Kap. 05 17 werden in Tit. 422 01 „Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter“ die Mittel für 2011 um 7,5 Mio. Euro erhöht.
Die Mittel dienen zur Stärkung der staatlichen Berufsoberschulen und Fachoberschulen.

- In Kap. 05 18 werden in Tit. 422 01 „Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter“ die Mittel für 2011 um 5 Mio. Euro erhöht.

Die Mittel dienen zur Stärkung der staatlichen Realschulen.

- In Kap. 05 19 werden in Tit. 422 01 „Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter“ die Mittel für 2011 um 7,5 Mio. Euro erhöht.

Die Mittel dienen zur Stärkung des Gymnasiums.

Insgesamt werden mit diesen Mitteln 550 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung finanziert.

Der Stellenplan wird über das Haushaltsgesetz entsprechend geändert.

Begründung:

Es ist unerlässlich, der Bildungspolitik eine klare politische Priorität einzuräumen. Nach wie vor besteht aufgrund von Unterrichtsausfällen bedingt durch Lehrerinnen- und Lehrermangel großer Handlungsbedarf. Auch wenn die Zahlen der Schülerinnen und Schüler insgesamt zurückgehen, werden die Aufgaben für die Lehrerinnen und Lehrer immer größer. Das gilt insbesondere für die steigenden Herausforderungen, wie den Einstieg in den Aufbau gebundener Ganztagsklassen an den weiterführenden Schulen ab kommendem Schuljahr oder des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen an der Regelschule. Ohne zusätzliche, qualifizierte Lehrkräfte werden die Unterrichtsbedingungen mit dem Ziel der stärkeren individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler nicht besser.